

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 27. November 2018 bis 15. Jänner 2019¹³

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
30. November 2018	Rat	<p>Nach der Ratspräsidentschaft von Estland, Bulgarien und Österreich bilden von 1.1.2019 bis 30.6.2020 nun Rumänien, Finnland und Kroatien den neuen Trio-Ratsvorsitz mit folgenden Schwerpunkten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zukunftsperspektive der EU-27: Klärung aller Fragen in der Übergangsphase nach dem Brexit-Prozess und Finalisierung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027. • Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit: Vorrangige Themen sind die Vollendung des Binnenmarkts, des digitalen Binnenmarkts, Steuern, grünes Wachstum, Förderung von Investitionen, Kohäsionspolitik, modernisierte WWU-Vertiefung, insbesondere Vollendung der Bankenunion, Kapitalmarktunion und die Vereinfachung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. • Befähigung und Schutz der Bürger: Stärkung der sozialen Dimension, insbesondere Kampf gegen Armut und Jugendarbeitslosigkeit. Förderungsmaßnahmen im Bereich der Bildung, Gleichstellung und sozialer Inklusion. • Energieunion mit zukunftsorientierter Klimapolitik: Umsetzung des Klimaabkommens von Paris sowie der EU-Klimaziele 2030 inkl. Klimafinanzierung, Reduktion der Treibhausgasemissionen und Langzeitstrategie für Entkarbonisierung und Aufbau einer Energieunion. • Freiheit, Sicherheit und Recht: Umfassender Ansatz zu Migration, effektiver Außengrenzschutz und echte Partnerschaft mit Drittländern. Abschluss der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, inklusive der Dublin-Verordnung und Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Terrorismus. • EU als starker globaler Akteur: Umsetzung der EU Globalstrategie, Erweiterungsstrategie und Westbalkan, Beziehungen zur Türkei und Vertiefung des multilateralen Handelssystems inkl. WTO-Modernisierung.
3. Dezember 2018	Eurogruppe	<p>1. ESM-Reform:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zum 20-jährigen Jubiläum der Euro-Einführung kommt es zur Einigung auf die Eckpunkte für eine Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Vorerst wird es zu keiner

¹³ Autoren: Sylvia Gloggnitzer und Harald Grech (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		<p>Umwandlung des ESM in einem Europäischen Währungsfonds kommen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Unterstützung durch den ESM wird nur als letzte Option bei Sicherstellung der entsprechenden Konditionalität herangezogen. Das ESM-EK-Abkommen dient der verbesserten Kooperation inner- u. außerhalb der Finanzhilfe - Programme innerhalb des EU-Rechtsrahmens. • Die Eurogruppe ist bereit, die nötigen Abänderungen des ESM-Vertrags bis Juni 2019 vorzubereiten. <p>2. Banking Union:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eurogruppe begrüßt Einigung zum Bankenpaket im Europäischen Parlament. Die finale Annahme des Bankenpakets und der „NPL-Prudential-Backstop“ muss noch erfolgen. • Substanzuelle Fortschritte bei der Kapitalmarktunion und die Annahme noch ausstehender Legislativvorschläge bis Frühjahr 2019 wird erwartet. • EU Einlagenversicherung EDIS: Roadmap für den Beginn politischer Verhandlungen liegt vor, weitere Arbeiten auf technischer Ebene sind nötig. Die Eurogruppe setzt eine hochrangige Arbeitsgruppe mit einem Mandat für weitere Schritte ein. Ein Fortschrittsbericht wird bis Juni 2019 erstellt. <p>3. Neue Budgetinstrumente zur Stärkung des Euroraums</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine Fortsetzung der Arbeiten am deutsch/französischen Vorschlag zur Schaffung von Instrumenten zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz wird beschlossen. • Das geplante Euroraumbudget soll Teil des EU-Budgets sein. Den Umfang bestimmen die Staats- und Regierungschefs im Zuge des Mehrjährigen Finanzrahmen. Geplant ist eine Finanzierung des Euroraumbudgets durch nationale Beiträge auf Basis eines intergouvernementalen Abkommens.
4. Dezember 2018	ECOFIN-Rat	<p>Schwerpunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Digitalsteuer: Basis der Verhandlungen für eine Digitalsteuer sind Legislativvorschläge der Kommission vom 21. März 2018. Eine kurzfristig geplante Lösung sind Steuern in der Höhe von 3 % auf Umsätze, die durch Aktivitäten erzielt werden, bei denen die „User“ einen wesentlichen Teil der Wertschöpfung beitragen (Online-Werbeinnahmen, Online-Plattformen, Datenverkäufe). Diese Steuern gelten nur für Unternehmen mit weltweiten Umsätzen von mindestens 750 Mio EUR und steuerbaren Umsätzen in der EU von mindestens 50 Mio EUR. Derzeit gibt es noch keine politische Einigung. • Europäisches Semester 2019: Die Kommission präsentiert den Jahreswachstumsbericht, den Frühwarnbericht über mögliche makroökonomische Ungleichgewichte sowie die Empfehlung zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik für den Euroraum. 2019 möchte man insgesamt 13 Mitgliedstaaten einer Tiefenanalyse unterziehen. Ferner sollen im Rahmen der

		wirtschaftspolitischen Überwachung neue Empfehlungen an Rumänien und Ungarn angenommen werden, nachdem beide Mitgliedstaaten bisher keine ausreichenden Maßnahmen zur Beseitigung der Abweichung vom MTO-Anpassungspfad getroffen haben.
6. Dezember 2018	Rat	<p>Einigung auf die Errichtung einer Europäischen Arbeitsagentur</p> <ul style="list-style-type: none"> Das Ziel dieser EU - Behörde sollte sein, die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von EU-Recht im Bereich der grenzüberschreitenden Arbeitsmobilität und der Koordination von Sozialmaßnahmen zu unterstützen. Die Teilnahme an den meisten Aktivitäten der neuen Agentur sollte für die EU-Staaten auf freiwilliger Basis erfolgen. Über den Sitz der Agentur wird erst entschieden.
13. Dezember 2018	Euro-Gipfel	<p>Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM):</p> <ul style="list-style-type: none"> Der Eurogipfel billigt die Modalitäten für die Reform des ESM. Bis Juni 2019 sind die erforderlichen Änderungen des ESM-Vertrags (einschließlich der gemeinsamen Letztsicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds, SRF – Single Resolution Fund) vorzubereiten. Der Eurogipfel befürwortet die Vorgaben für die gemeinsame Letztsicherung für den SRF, in denen dargelegt ist, wie die Letztsicherung einsatzfähig und vorzeitig nutzbar gemacht werden soll, sofern ausreichende Fortschritte bei der Risikominderung erzielt wurden, was im Jahr 2020 zu bewerten ist. Die Arbeiten an der Bankenunion sind voranzubringen. Es werden ehrgeizige Fortschritte bei der Kapitalmarktunion bis zum Frühjahr 2019 erwartet.
13./14. Dezember 2018	Europäischer Rat (ER)	<p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> Artikel 50 – Brexit: Ist von der Verschiebung der Abstimmung über den Austrittsvertrag im britischen Unterhaus auf Anfang Jänner 2019 überschattet. Premierministerin May informiert die Staats- und Regierungschefs über die Schwierigkeiten bei der Ratifizierung der Vereinbarung in London und bat um weitere Zusicherungen zur Erleichterung des Ratifizierungsprozesses im britischen Unterhaus. Mehrjähriger Finanzrahmen: Die Staats- und Regierungschefs führen eine erste substanzielle Debatte zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 auf Basis des Fortschrittsberichts des österreichischen Vorsitzes. Die kommende Ratspräsidentschaft wird aufgerufen, die Arbeiten zum MFR fortzusetzen, damit im Herbst 2019 eine Finalisierung stattfinden kann. Binnenmarkt: Der Europäische Rat prüft den Stand der Dinge in Bezug auf einen uneingeschränkt funktionierenden Binnenmarkt. Das Europäische Parlament und der Rat werden dazu aufgerufen, eine Einigung zu allen noch offenen Dossiers

		<p>bis Ende der Legislaturperiode zu erzielen. Eine vertiefte Diskussion zum Binnenmarkt wird beim Europäischen Rat im März 2019 mit Blick auf die nächste Strategische Agenda geführt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Klimawandel: Es wird über die Vorarbeiten für die Vorlage einer langfristigen EU-Klimastrategie in Einklang mit dem Übereinkommen von Paris bis 2020 berichtet.
--	--	---

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

30. November/ 1. Dezember 2018	G20	<p>Buenos Aires – G20–Gipfel</p> <p>Die Staats- und Regierungschefs der G20 verabschiedeten eine Erklärung, „... in deren Mittelpunkt die Zukunft der Arbeit, die Infrastruktur als Triebkraft der Entwicklung, die nachhaltige Lebensmittelproduktion der Zukunft und die Gleichstellung der Geschlechter standen ...“. U.a. wurde auch die Reform der Welthandelsorganisation (WTO) politisch unterstützt, die Notwendigkeit der Bekämpfung des Klimawandels betont sowie das Erreichen einer Konsenslösung hinsichtlich der Auswirkungen der Digitalisierung der Wirtschaft auf das internationale Steuersystem gefordert. Ferner bekannten sie sich zur uneingeschränkten Umsetzung der Hamburger Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20 zur Bekämpfung des Terrorismus.</p>
17. Dezember 2018	IWF	<p>Marokko – Einräumung einer vorsorglichen Kreditlinie</p> <p>Das Exekutivdirektorium des IWF beschloss die Einräumung einer vorsorglichen Kreditlinie (<i>Precautionary and Liquidity Line, PLL</i>) mit zweijähriger Laufzeit in Höhe von rd. 2,2 Mrd SZR (rd. 3,0 Mrd USD, 140 % der Quote) für Marokko. Im ersten Jahr können die marokkanischen Währungsbehörden grundsätzlich rd. 1,3 Mrd SZR in Anspruch nehmen, die PLL soll allerdings – analog zu den drei früheren, in den Jahren 2012, 2014 und 2016 bereitgestellten PLLs - nur vorsorglichen Charakter haben. Die nunmehrige PLL soll insbesondere zusätzlichen Liquiditätsschutz im Falle des Auftretens externer Risiken bieten.</p>
18. Dezember 2018	IWF	<p>Ukraine – Einräumung eines Bereitschaftskreditabkommens</p> <p>Das Exekutivdirektorium des IWF beschloss, den ukrainischen Währungsbehörden in Summe 2,8 Mrd SZR (rd. 3,9 Mrd USD, 139 % der Quote) im Rahmen eines Bereitschaftskreditabkommens (<i>Stand-By Arrangement, SBA</i>) zur Verfügung zu stellen. Das nunmehrige SBA soll das seit dem Jahr 2015 laufende Kreditabkommen (<i>EFF</i>) ablösen. Im Zentrum des Anpassungsprogrammes stehen (1) die Weiterführung der fiskalischen Konsolidierung, (2) eine weitere Reduzierung der Inflationsrate unter Beibehaltung eines flexiblen Wechselkursregimes, (3) die Stärkung des Finanzsektors, u.a. Wertberichtigungen der <i>NPLs</i> und Wiederbelebung der Kreditvergaben, (4) die Durchführung struktureller Reformen, u.a. im Bereich der Steuerverwaltung, Privatisierungen, etc.</p>